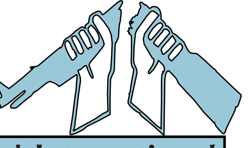
Nr. 81, Februar 2009
das zerbrochene Gewehr
Rundbrief der War Resisters' International



NATO-ZU

Aufruf zur Beteiligung an einer gewaltfreien Aktion gegen die NATO am 4. April 2009



http://www.non-otan-strasbourg.eu/

Am 3. und 4. April treffen sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO in Baden-Baden und Strasbourg, um den 60. Geburtstag der NATO zu feiern. Wir sind der Meinung: 60 Jahre NATO sind kein Grund zum Feiern, sondern ein Grund, gewaltfrei Widerstand zu leisten!

Seit ihrer Gründung 1949 nahm die NATO für sich in Anspruch, den sogenannten freien Westen gegen den angeblich aggressiven Kommunismus zu verteidigen. Wäre dies wirklich die Existenzberechtigung der NATO gewesen, hätte sich nach dem Warschauer Pakt auch die NATO 1991 auflösen müssen. Dies geschah jedoch nicht. Schon während des Kalten Krieges trug die NATO maßgeblich zum Wettrüsten zwischen Ost und West bei, und war mit der geheimen Operation Gladio auch an der Repression gegen linke Bewegungen im Westen und den Putschen in Griechenland 1967 und der Türkei 1980 beteiligt. Nach 1990 hat sich die NATO sehr schnell von einem vorgeblichen Verteidigungsbündnis zu einem Interventionsbündnis zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen entwickelt.

Heute steht die NATO für:

* weltweite Militärinterventionen, derzeit z.B. im Kosovo und in Afghanistan, mit der Stationierung im Mittelmeer und einer Trainingsmission im Irak, die Polizei und Militär im Irak ausbildet. Mit den drei letztgenannten Militäreinsätzen ist die NATO aktiv am sogenannten "Krieg gegen Terror" beteiligt, bei dem es letztlich um die Durchsetzung westlicher Vormachtstellung und Rohstoffinteressen geht;
* die illegale Stationierung von Atomwaffen in Europa und die Beibehaltung der ebenfalls illegalen wie auch menschenverachtenden Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen;
* die Abkoppelung vom Völkerrecht, z.B. durch die völkerrechtswidrige Bombardierung Jugoslawiens 1999 und die generelle Option, ggf. ohne UN-Mandat Krieg zu führen (Selbstermächtigung der NATO)
* strukturelle Gewalt: die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten betragen mehr als 70% der globalen Rüstungsausgaben. Diese Gelder fehlen für die Lösung von sozialen und Umweltproblemen weltweit.

Kurz: für uns steht die NATO für die Aufrechterhaltung des globalen Status Quo, die militärische Absicherung und Durchsetzung der westlichen Wirtschafts-, Rohstoff- und Hegemonialinteressen und damit für die Ausbeutung der Länder des Südens. Die NATO wird somit faktisch zum militärischen Arm der Staaten der G7 (G8 minus Russland), insbesondere in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise kann diesem militärischen Arm schnell eine noch größere Bedeutung zukommen.

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Am 3. und 4. April 2009 wird die NATO in Baden-Baden und Straßburg ihren 60. Geburtstag feiern. Auch wenn noch nicht alle Einzelheiten dieser „Feier" bekannt sind, ist es schon klar, dass der NATO-Gipfel in beiden Gipfelstädten nicht viel Raum für demokratischen Protest lassen wird. (S. Seite 5). Die Internationale der Kriegsgegner ist Teil des internationalen Koordinationskomitees, das ein weites Spektrum von Protestaktivitäten koordiniert (Überblick auf S. 8), und ist auch Teil der NATO-ZU, einer Koalition gewaltfreier Gruppen, Teil der umfassenden Koalition, die in Straßburg am Morgen des 4. April Aktionen zivilen Ungehorsams organisiert.

Wir von der Internationalen der Kriegsgegner sind der Meinung, dass 60 Jahre NATO kein Grund zum Feiern sind, sondern ein Grund, gewaltfrei zu widerstehen (S. auch Broken Rifle No 79, September 2008). Deswegen hat sich die Internationale der Kriegsgegner am 22. März 2008 an der Aktion „NATO Game Over" am Hauptquartier der NATO in Brüssel beteiligt, und deswegen beteiligen wir uns jetzt an den Aktivitäten gegen den Nato–Gipfel.

Aber wir bei der Internationalen der Kriegsgegner sehen diese Aktivitäten nicht bloß als ein weiteres Ereignis. Wir hoffen, dass die Aktionen gegen den Nato-Gipfel eine breitere antimilitaristische Bewegung gegen die Nato schaffen werden und gegen alles, wofür sie steht: Westliche Beherrschung der Welt, Militärinterventionen, um die westlichen Kapitalinteressen zu erzwingen, und eine militarisierte patriarchalische Gesellschaft im Westen.

Für uns ist es ganz klar, dass die Nato nicht für Demokratie steht. Die bloße Tatsache, dass die Demokratie in allen Gipfelstädten während des Nato-Gipfels zeitweilig ausgesetzt wird, zeigt , dass die Nato nicht nur eine Gefahr für die Demokratie in der übrigen Welt ist, sondern auch zu Hause.

60 Jahre Nato: es ist hohe Zeit zu widerstehen und die Nato abzuschaffen.

Andreas Speck.



NATO-Mitglieder

Von ihrer Gründung 1949 an erweiterte sich die NATO in den 50er Jahren nur wenig. Eine zweite und größere Welle neuer Mitglieder wurde nach dem Ende des Kalten Krieges aufgenommen.

1949:
Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxembourg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika.

1952:
Griechenland, Türkei

1955:
Deutschland

1982:
Spanien

1999:
Tschechische Republik, Ungarn, Polen

2004:
Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slovakei, Slovenien

2009:
Albanien, Kroatien

Fortsetzung von Seite 1

Der NATO-Gipfel 2009: Verabredung zur Kriegsführung und zum Bruch des Völkerrechts

Beim NATO-Gipfel werden die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO-Staaten die Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Politik beraten und entsprechende Beschlüsse fassen. Dies stellt faktisch eine Verabredung zum Bruch des Völkerrechts und zur Führung von Angriffskriegen dar. Dem werden wir unseren gewaltfreien Widerstand entgegensetzen.

Die Aktion: NATO-Ziviler Ungehorsam (NATO-ZU)

Gewaltfreie Aktion gegen den NATO-Gipfel

Am 4. April werden zahlreiche Gruppen ihren Protest gegen die NATO zum Ausdruck bringen und versuchen, den NATO-Gipfel in Strasbourg zu behindern. Wir verstehen uns als Teil der internationalen Protestbewegung "No-to-war - No-to-NATO" (www.no-to-nato.org) und werden uns mit einer aussagekräftigen gewaltfreien Aktion an diesen Protesten beteiligen.

Es geht uns darum, deutlich zu machen, dass die NATO über Leichen geht und dass wir uns dieser Politik in den Weg stellen. Wir wollen mit dieser Aktion der bisherigen und künftigen Opfer der NATO-Kriege und der militärischen Hochrüstung gedenken und deutlich machen, welche Interessen hinter den NATO-Strategien stecken.

Die Aktion wird provokativ und gewaltfrei sein, auch wenn die Gegenseite versucht, uns mit Gewalt aus dem Weg zu räumen. Im Falle strafrechtlicher Verfolgung werden wir unsere Rechtsauffassung auch vor Gericht offensiv vertreten und damit die öffentliche Diskussion auf längere Zeit bereichern. Nach unserer Rechtsauffassung ist Ziviler Ungehorsam in den meisten Fällen nicht nur moralisch/ethisch, sondern auch rechtlich zu rechtfertigen.

Die UnterzeichnerInnen rufen dazu auf, sich an den gewaltfreien Aktionen in Baden-Baden und Strasbourg zu beteiligen.

Dieser Aufruf wird initiiert von:

Bund für Soziale Verteidigung (BSV) • Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Friedenskreis Halle e.V. • Vredesactie – Bombspotting (Belgien) • War Resisters' International (WRI) • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA) • Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA) • Union Pacifiste de France • Alternativa Antimilitarista (MOC) • Party & Activism Kollektiv (P&A) • Bildungs- und Begegnungstätte für gewaltfreie Aktion e.V. (KURVE Wustrow) • Kooperation für den Frieden • Pressehütte Mutlangen • Menschen für den Frieden Düsseldorf • Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) • Attac - Regionalgruppe Reutlingen

Organisatorisches zur Aktion

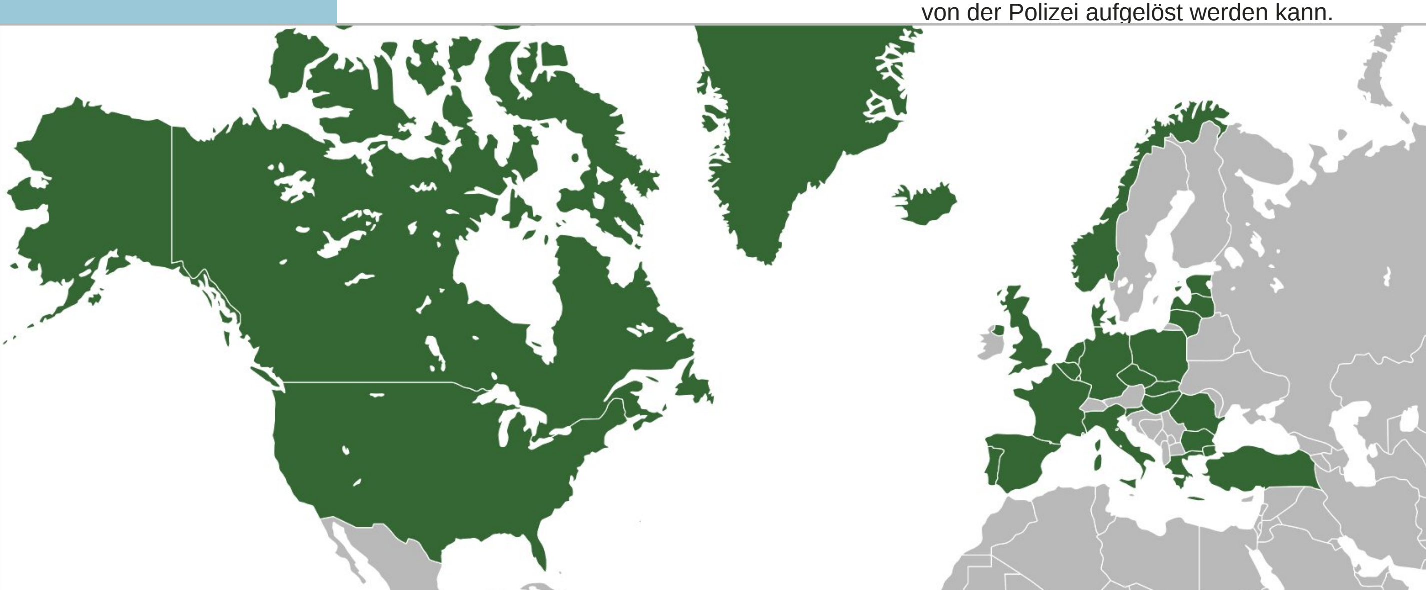
Ganz wichtig: Wir bitten alle AktivistInnen frühzeitig anzureisen, nämlich bereits am 1.4.! Es wird ab dem 1.4. ein Aktionscamp geben, in dem Aktionstrainings durchgeführt werden, um uns gut auf die Aktion vorzubereiten. Noch besser wäre es, wenn Ihr Euch in Gruppen zusammenfindet und bereits im Vorfeld an Trainings teilnehmt und Bezugsgruppen bildet. Alle notwendigen Infos zur Vorbereitung der Aktion werden in den nächsten Wochen auf unserer Website http://www.nato-zu.de erscheinen. Wichtig zu wissen ist auch, dass in Frankreich eine andere Rechtsprechung zum Zivilen Ungehorsam herrscht als in Deutschland (Infos demnächst unter www.nato-zu.de). Informiert Euch und kommt nach Strasbourg!

Kontakt:

Annett Gnass, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden, Email ZU-Frieden@web.de, Tel.: 0761-5902763, Internet: http://www.nato-zu.de

Rechtliches:

Das französische Recht unterscheidet sich vom deutschen Recht. Wir bemühen uns derzeit, die möglichen rechtlichen Konsequenzen einer Aktion Zivilen Ungehorsams herauszufinden. Klar ist, dass eine Blockade eine nicht-autorisierte Versammlung darstellt und damit von der Polizei aufgelöst werden kann.



NATO-Mitgliedsstaaten 2008. Beim Gipfel in Baden-Baden und Strasbourg werden auch Albanien und Kroatien in die NATO aufgenommen. Karte: Ssolbergj, Wikipedia (http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/)

Die NATO mit 60

Vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO stark verändert. Schon 1991 mit der "Römischen Erklärung" richtete sich die NATO strategisch neu aus. Ein Angriff aus dem Osten war nicht mehr wahrscheinlich, stattdessen wurden als "neue Risiken" die Konsequenzen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Schrierigkeiten in Mittel- und Osteuropa formuliert, auf die die NATO vorbereitet sein müsse.

Basierend auf dieser Neudefinition wurde das "Verteidigungsbündnis" mit zahlreichen Militärinterventionen 'out-of-area' aktiv. Ab Juli 1992 begannen NATO-Kriegschiffe in der Adria, das UN-Waffenembaro gegen Serbien und Montenegro zu überprüfen und später auch durchzusetzen. Dies war der Beginn einer Entwicklung, die zur NATO-Militärintervention zunächst in Bosnien und schliesslich zur völkerrechtswidrigen Bombardierung Jugoslawiens und der NATO-Militärintervention im Kosovo führte.

Heute ist die NATO an zahlreichen Orten militärisch aktiv. In Afghanistan seit 2003 mit ca. 60.000 SoldatInnen, im Kosovo seit 1999 mit heute ca. 16.000 SoldatInnen, im Mittelmeer seit Oktober 2001 mit bis zu 2.000 SoldatInnen bei der Operation Active Endeavour, und im Irak seit August 2004 mit einer Trainingsmission mit 140 SoldatInnen. Mit diesem Einsatz unterstützt und legitimiert die NATO faktisch die durch die US- und britische Besatzung geschaffenen Fakten und eingesetzte irakische Regierung. Der "Anti-Piraten-Einsatz" vor der Küste Somalias wurde am 12. Dezember 2008 an die Europäische Union übergeben und firmiert jetzt unter dem Namen ATALANTA.

Von diesen Militäreinsätzen ist der Einsatz in Afghanistan zentral. Dabei geht die Allianz in Afghanistan immer aggressiver und rücksichtsloser vor. So zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Von Januar 2006 bis Juli 2008 wurden mehr als 1000 afghanische Zivilisten direkt Opfer von Militäreinsätzen der NATO und der USA.

Über die in Afghanistan praktizierte zivil-militärische Zusammenarbeit wird selbst die Entwicklungshilfe in die NATO-Kriegsanstrengungen eingebunden. So kritisierte Caritas International im Juni 2008, dass "die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert." Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest wurde beschlossen, die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung generell zum Operationsschwerpunkt aktueller und künftiger NATO-Missionen zu machen.

Nukleare Teilhabe

Teil der gültigen NATO-Strategie ist die Teilhabe von Nicht-Atomwaffenstaaten an den Atomwaffen der NATO. Das Strategiepapier von 1999 betont die "Notwendigkeit" einer breiten "Teilhabe ... europäischer Bündnispartner an nuklearen Aufgaben, der Stationierung von Nuklearstreitkräften auf ihrem Hoheitsgebiet im Frieden und an Führungs-, Überwachungs- und Konsultationsvorkehrungen", und stellt fest, dass "[d]as Bündnis ... daher angemessene nukleare Streitkräfte in Europa beibehalten" wird.

Atomwaffen der USA sind daher in Deutschland in Büchel, in Belgien in Kleine Brogel, in den Niederlanden in Volkel, in Italien in Aviano und Ghedi-Torre, sowie in Incirlik in der Türkei stationiert. Die "nukleare Teilhabe" würde es im Kriegsfall ermöglichen, dass Piloten aus einem nicht-nuklearen Staat, der Mitglied des Atomwaffensperrvertrages ist, Atomwaffen einsetzen, was eine Vertragsverletzung darstellt.

Darüberhinaus schliessen weder die NATO, noch die Atomwaffenstaaten in der NATO – USA, Großbritannien und Frankreich – einen Ersteinsatz von Atomwaffen aus.

Eine neue NATO-Strategie: mehr Militärinterventionen

Doch es geht der NATO in Straßburg und Baden Baden nicht nur ums Feiern. Es geht vor allem darum, die Entwicklung der NATO zu einem aggressiven Interventionsbündnis, wie sie mit der Erklärung von Rom 1991 begonnen wurde, weiter zu betreiben. Daher wird bei diesem Gipfel die Diskussion um eine neue NATO-Strategie begonnen werden, die die 1999, während des Kosovo-Krieges beschlossene, derzeit gültige Strategie dann 2010 – wenn denn alles 'glatt' geht – ablösen soll.

Eckpunke einer neuen Strategie wurden von fünf ehemaligen hohen NATO-Militärs in einem Papier "Towards a grand stratey" Ende 2007 propagiert. Die Risikoanalyse wird darin noch globaler, und sieht die zukünftigen Risiken vor allem in religiösem und politischen Fundamentalismus, der "dunklen" Seite der Globalisierung (internationale Terrorismus, das organisierte Verbrechen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen), sowie dem Klimawandel und der Sicherheit der Energieversorgung (Kontrolle von Ressourcen und durch Klimawandel und resultierende Konflikte ausgelöste Bevölkerungsbewegungen).

Um diesen Herausforderungen gewappnet zu sein, soll die NATO daher, so die Autoren des Papiers, an der Option des Ersteinsatzen von Atomwaffen festhalten.

Um als Bündnis handlungsfähiger zu werden, schlagen die Autoren ebenfalls die Aufgabe des Konsensprinzips bei Entscheidungen in NATO-Gremien zugunsten von Mehrheitsentscheidungen vor, das heißt schnelleres Handeln durch Abschaffung des Vetorechtes der Mitgliedsstaaten. Bedeutend ist insbesondere die Abschaffung von nationalen Vorbehalten bei NATO-Operationen, wie sie zum Beispiel den Afghanistan-Einsatz "belasten". Zukünftig soll es daher bei NATO-Einsätzen für Mitglieder, die an dem betreffenden Einsatz nicht beteiligt sind, kein Mitspracherecht geben.

Das Völkerrecht soll durch den Einsatz von bewaffneter Gewalt auch ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wenn „sofortiges Handeln erforderlich ist, um Menschenleben in großer Zahl zu schützen", weiter ausgehölt werden.

Auch wenn dies derzeit noch keine offiziellen Vorschläge sind, so ist doch davon auszugehen, dass sie bei den anstehenden Diskussionen eine wichtige Rollen spielen werden.

Während die USA sich bereits bemühen, eine Raketenabwehr mit Basen in Polen und der Tschechischen Republik aufzubauen, strebt die NATO auch die Entwicklung einer eigenen Raketenabwehr an. Dies wird auch Thema des Gipfeltreffens im April 2009 in Straßburg und Baden Baden sein.

Teil der Weiterentwicklung der NATO ist auch die weitere Ausweitung der NATO, insbesondere Richtung Osten. So werden beim Gipfel in Straßburg und Baden Baden voraussichtlich die neuen NATO-Mitglieder Albanien und Kroatien endgültig aufgenommen werden. Die NATO bemüht sich auch weiterhin um die Einbeziehung der Ukraine, Georgiens, Mazedoniens und von Bosnien und Herzegowina, mit denen es individuelle Partnerschaftsabkommen mit dem langfristigen Ziel einer NATO-Mitgliedschaft gibt.

Andreas Speck

Die NATO und der illegale Handel mit Frauen

Frauen haben vielfältige Beziehungen zum Militär: sie kommandieren Regimenter, verpflichten sich als Soldatinnen, arbeiten in der Waffenindustrie, reinigen Küchen und Toiletten der Militärbasen .... oder sie opponieren gegen das Militär in Protest- und Friedenscamps. Einige Frauen haben keine Wahl bezüglich ihrer Beziehung zum Militär: sie werden getötet, verletzt, aus ihren Häusern vertrieben und in bewaffneten Konflikten durch den Tod beraubt. Andere werden eingezogen, manchmal "freiwillig", aber sehr oft unter Zwang, um sexuelle Dienste für das männliche Personal des Militärs zu leisten. Viele dieser Frauen und Mädchen werden zum Zwecke der erzwungenen Prostitution gehandelt.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien führte 1995 zur Anwesenheit von 30.000 NATO-Angestellten in Bosnien-Herzegowina und ein paar Jahre später waren 40.000 im Kosovo. Um diesen Männern zu dienen, wurde in diesen Ländern und in Mazedonien (wo NATO und R&R-Einrichtungen sind) durch Zwangshandel eine ausgedehnte Sexindustrie aufgebaut.

Wo die Infrastruktur zerstört ist, massive Arbeitslosigkeit herrscht und die Wirtschaft kaum funktoniert, liefert der illegale Handel sowohl der organisierten Kriminalität als auch "unternehmerischen Einzelpersonen" einen einfachen Weg, um in die "freie Marktwirtschaft" einzusteigen. Die NATO erzeugt die Nachfrage: es wird geschätzt, dass Mitglieder der NATO-Streitkräfte auf dem Balkan allein zwischen 24. März und 10. Juni 1999 für $40 Millionen pro Monat Einkäufe getätigt haben. Wirtschaftlich notleidende postkommunistische Länder aus dem nahegelegenen Osteuropa, wie Bulgarien, die Ukraine, Rußland, Rumänien und Moldavien haben die Waren geliefert – Frauen und Mädchen.

Einige waren mehr als bereit, in den "Westen" zu reisen, wo man ihnen gute Arbeitsaussichten als Kellnerinnen, Barpersonal oder Tänzerinnen in Aussicht gestellt hatte, zu Gehältern, von denen sie zuhause nur träumen konnten. Einige wussten wohl, dass sie illegal auf den Balkan geschmuggelt werden mussten, aber niemand war auf die Gewalt und sexuelle Ausbeutung vorbereitet, die sie erwartete. Während des Handels wurden die Frauen durch ihre Händler genötigt, bedroht, geschlagen und vergewaltigt, um sie gefügig zu halten. Man nimmt ihnen ihre Dokumente weg, kontrolliert jede Bewegung, sperrt sie häufig ein. Die versprochenen Gehälter werden oft nicht Wirklichkeit. Sie werden von den Händlern einbehalten, angeblich, um die "Schulden" der Frauen zurückzubezahlen (z. b. für Kleidung und Make Up) oder einfach, um sie am Fliehen zu hindern.

Sowohl in Bosnien als auch im Kosovo waren einzelne Soldaten, zusammen mit NATO-Unternehmern und UN-Polizei, aktiv in den Handel involviert, indem sie gehandelte Frauen und Mädchen an den Grenzen im Empfang nahmen, sie in die Militärbasen schmuggelten und als Zuhälter fungierten. Jahrelang ignorierte die NATO diese Vorgänge. Man nahm an, dass die Übeltäter nur eine Hand voll "fauler Äpfel" seien. Diese Komplizenschaft ging im Jahre 2002 so weit, dass eine Untersuchung durch NATO-Personal hinsichtlich des Missbrauchs ukrainischer und russischer Frauen durch russische Soldaten, die auch der Verwicklung in den Handel verdächtig waren, eingestellt wurde. Die Untersuchung endete, um das Verhältnis der NATO mit Rußland nicht zu gefährden.

Die US versuchten – vielleicht aufgrund ihres Registers hinsichtlich sexueller Ausbeutung in anderen Ländern – die Verwicklung ihrer Streitkräfte in den Handel und die Ausbeutung gehandelter Frauen und Mädchen in Bosnien und Kosovo zu verhindern. Es war dem US-Personal verboten, die Base zu verlassen, außer für offizielle Aufgaben. Das verhinderte jedoch weder, dass Frauen in die Basen geschmuggelt wurden, noch, dass sich eine auf illegalem Handel basierende Sexindustrie in Ferizaj entwickelte, einer Stadt im Kosovo, nur unweit von Bondsteel, der damals größten US-Base in Osteuropa.

Bei dem NATO-Gipfel in Istanbul im Jahre 2004 stimmte diese einer "Erklärung gegen Menschenhandel" zu, die Menschenhandel als Verbrechen, als Verletzung der Menschenrechte und als "heutigen Sklavenhandel, der Korruption und organisiertes Verbrechen schürt" beschreibt. Für die NATO ist der Handel jedoch hauptsächlich ein Sicherheitsthema. Deshalb ließ die Erklärung weiterhin vermuten, dass sie das Potential habe, "schwache Regierungen zu destabilisieren". Während erkannt wurde, dass NATO-Streitkräfte ein Teil des Problem sind und "Normen für das Verhalten der Einzelnen gesichert werden", wird es NATO-Streitkräften nicht explizit verboten, sich in illegalem Handel zu engagieren oder diesen zu erleichtern oder Sex mit gehandelten Frauen zu haben. Privatunternehmen, die von der NATO beschäftigt werden, können für die Beteiligung an dem illegalen Handel bestraft werden – aber in den wenigen gemeldeten Fällen wurden sie einfach nach Hause geschickt.

Theoretisch erhalten alle NATO-Streitkräfte ein Bewußtseinstraining hinsichtlich "des Problems des illegalen Handels und der Auswirkungen, die dieser heutige Sklavenhandel auf Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit hat". Sie bekommen Richtlinien, die die Beteiligung an dem Handel verbieten. Im Kosovo durften sie keine Clubs und Bars besuchen, wo gehandelte Frauen arbeiteten. In der Praxis hat diese Erklärung jedoch versagt, da es jedem NATO-Mitgliedsstaat freisteht, sie nach ihrem Gutdünken zu interpretieren. Während ein oder zwei NATO-Staaten ihre in illegalem Handel involvierten Soldaten bestraft haben, bedeutet die an NATO-Streitkräfte erteilte Immunität vor Strafverfolgung, dass keinem verdächtigen NATO-Händler jemals der Prozess gemacht wurde.

Für feministische AntimilitaristInnen schließt die Opposition gegen die NATO Vorschläge für Alternativen zur militärischen Sicherheit ein. Reale Sicherheit bedeutet, dass Frauen und Mädchen ohne Gewalt, ohne Nötigung leben können und ohne die Armut, die sie in die Hände der illegalen Händler treibt. Die NATO sollte endlich anfangen, ihre Anti-Handel-Politik ernst zu nehmen und für reale Sicherheit für Frauen zu sorgen.

Sian Jones
Women in Black London



Ein deutscher Soldat im Kosovo

NATO-Gipfel 2009: Eine demokratiefreie Zone

Beim Treffen der Allianz der Demokratien gibt es keinen Platz für Demokratie auf der Straße

Wenn die NATO am 3. und 4. April 2009 ihren 60. Geburtstag in Baden-Baden, Kehl und Straßburg feiern wird, wird es eine Menge netter Reden über die Werte der Demokratie geben und die Notwendigkeit, die Demokratie gegen eine Vielzahl von Bedrohungen zu verteidigen. Aber während die NATO über Demokratie sprechen wird, wird in den Gebieten von Baden-Baden, Kehl und Straßburg die Demokratie vorübergehend großflächig ausgesetzt.

Sicherheitszonen und “No-Go Areas”

Das komplette Bild der "Sicherheitszonen" und kontrollierten Bereiche ist noch nicht klar, aber es ist klar, dass das Ausmaß dieser Sicherheitsoperation und die Beschneidung der Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und des demokratischen Protests so umfangreich wie noch nie zuvor sein wird.

Bis jetzt ist bekannt, dass der Zugang zur Altstadt in Straßburg nur mit speziellen Passierscheinen möglich sein wird. Alle Straßenmärkte, Schulen, Kindergärten, historische Stätten und mehr werden am 4. April geschlossen sein. Darüber hinaus wird der öffentliche Verkehr sehr stark betroffen sein; Straßenbahnen werden nicht in die Sicherheitszonen fahren können, und die Zugverbindung von Straßburg nach Deutschland wird von Freitagnachmittag bis Samstagmorgen ausgesetzt. Der Bürgermeister von Straßburg, Robert Herrmann, schloss nicht aus, dass Häuser in der Altstadt von der Polizei durchsucht werden und riet den Touristen, Straßburg am 4. April nicht zu besuchen.

In Kehl werden 700 Leute, die in der Nähe der Passerelle (einer Fußgängerbrücke über den Rhein)wohnen, wo die Staats- und Regierungsoberhäupter sich symbolisch die Hand schütteln und fotografiert werden, schwer betroffen sein. Von Freitagabend bis Samstagmorgen (wenn alles vorüber sein wird) werden sie ihre Häuser nicht ohne vorherige Genehmigung durch die Polizei verlassen dürfen und nur in Polizeibegleitung. Darüber hinaus wird der Zugang zu der Europabrücke, der Hauptstraßenverbindung über den Rhein, für mehrere Stunden gesperrt. Sogar der Verkehr auf dem Rhein wird angehalten.

Ein ähnliches Konzept wird in Baden-Baden in Kraft treten, wo die deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, die Staats- und Regierungsoberhäupter am 3. April um 17.30 h empfangen wird, bevor sie im Kurhaus Casino in Baden-Baden speisen werden. Einzelheiten für Baden-Baden sind noch nicht bekannt, aber es wird erwartet, dass es in Baden-Baden auch No-Go-Areas geben wird.

Demokratie ausgesetzt

Alle diese Sicherheitsmaßnahmen lassen nur wenig Raum für demokratische Proteste. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschluss dieser Ausgabe stoppten die Straßburger Behörden die Verhandlungen mit dem Internationalen Koordinations-Komitee "No-to-NATO 2009" über die Route für die für den 4. April 2009 geplante internationale Demonstration. Die Organisatoren der Demonstration möchten eine Route, die den Protest nahe am Gipfel selbst ermöglicht, wogegen die Behörden keine Demonstration im Zentrum von Straßburg erlauben und diese in die Außenbezirke verlegen möchte, wo die Präsidenten und Premierminister der NATO-Staaten diese weder sehen noch hören können. Das widerspricht der französischen Konstitution und der Europäischen Menschenrechtskonvention, da es den Staatsbürgern das Recht verweigert, ihren Protest in der Nähe des Objekts ihres Protestes zum Ausdruck zu bringen. Somit macht die Art und Weise, wie der NATO-Gipfel organisiert ist, alle Reden und Erklärungen zur Demokratie, die während des Gipfels vorgetragen werden, zu einer reinen Farce.

Block-NATO

Trotzdem finden Vorbereitungen statt, die NATO mit unserem Protest zu konfrontieren. War Resisters' International ist Teil der Koalition von Gruppen, die eine Blockade des NATO-Gipfels planen. Innerhalb dieser Koalition, die "Block-NATO" genannt wird und während der Aktivistenkonferenz in Straßburg am 14./15. Februar gegründet wurde, arbeitet die War Resisters' International eng mit ihrer belgischen Mitgliedsgruppe "Vredesactie" und einer Reihe deutscher gewaltfreier Gruppen zusammen, um einen Blockadepunkt zu organisieren (siehe Aufruf auf den Seiten 1 und 2).

Wir werden uns im Protestcamp in Strasbourg-Neudorf (La Ganzau) treffen, um die Vorbereitungen für die Aktion zu vervollständigen und eine letzte Gelegenheit zu bieten, an einem Gewaltfreiheitstraining teilzunehmen. Um diese Blockade zu einem Erfolg zu machen, brauchen wir Eure Unterstützung. Kommt vom 1. bis 5. April nach Straßburg, um Demokratie zurückzufordern.

Andreas Speck

Öffentlicher Appell für das Recht auf Demonstrationsfreiheit in Strasbourg

17. Februar 2009

An das französische Innenministerium
An die französische Botschaft
An die Mitglieder des Europäischen Parlaments

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rahmen der internationalen Konferenz zur Vorbereitung von Demonstrationen und Protestaktionen anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am 3./4.4.2009 in Strasbourg wurde bekannt, dass jegliche Demonstration im inneren Stadtbezirk von Strasbourg verboten werden soll. Dazu sollen eine Rote Zone, eine Passier-Ausweis-Kontrolle und ein neues Video-Überwachungssystem eingerichtet werden. Kurzerhand sollen die Schengener Binnengrenzen wieder eingeführt werden – nach dem Motto: grenzüberschreitender militärischer Taumel: ja – demokratische grenzenübergreifende Aktion von unten: nein.

Für die über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Vorbereitungskonferenz am 14./15.2.2009 in Strasbourg ist das eine nicht akzeptable Einschränkung von Grundrechten. Die Friedensbewegung verfolgt weiterhin das Ziel, am 4. April 2009 in der Innenstadt von Strasbourg mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern gegen den Nato-Gipfel zu demonstrieren.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft im Rahmen seiner Aktivitäten und Kooperationen mit der Friedensbewegung dazu auf, an den Demonstrationen rund um den Nato-Gipfel teilzunehmen. Die beabsichtigten massiven Einschränkungen des Versammlungsrechts und damit des Rechts auf freie Meinungsäußerung in der Nachbarschaft des Nato-Gipfels sind mit Demokratie und Bürger/innenrechten unvereinbar. Sie zeugen von der tiefsitzenden Furcht des Staatsapparats vor dem eigentlichen Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern. Anlässlich der NATO-Tagung wollen offensichtlich Polizei- und Militärverwaltung über eine ganze Region zwischen Baden-Baden und Strasbourg den Ausnahme- und Belagerungszustand verhängen, damit sie von Bürgerinnen und Bürgern ungestört bleiben. Der Souverän wird ausgeschlossen. Die feierlich proklamierte Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird vor den NATO-Mächtigen gebeugt.

Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, also das Recht auf Demonstrationen, ist das demokratische Urrecht der Bürgerinnen und Bürger schlechthin, allemal in repräsentativ demokratisch verfassten Systemen, die ansonsten wenig Raum für unmittelbare Äußerungen des Souveräns bereithalten.

Wir fordern deshalb alle Politikerinnen und Politiker auf, keinerlei Einschränkungen von Grundfreiheiten anlässlich des NATO-Gipfeltreffens zu akzeptieren. Die kriegsstrategischen Planungen der NATO müssen sich der öffentlich kritischen Debatte und dem öffentlichen Protest stellen. Eine Demokratie unter polizeilich-militärischem NATO-Ausnahmezustand werden Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen.

Wir fordern die zuständigen Ministerien und Behörden sowie alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf, sich für ein uneingeschränktes Recht auf Demonstration in den Tagen des NATO-Gipfeltreffens am ersten April-Wochenende zwischen Baden-Baden und Strasbourg einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen!
gez. Martin Singe
Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln
Telefon: 0221 / 97269 -30, Fax: 0221 / 97269 -31
info@grundrechtekomitee.de, http://www.grundrechtekomitee.de

Wacken:

Hier wird sich das Internationale Medienzentrum für bis zu 1,200 JournalistInnen befinden. Transport zu Gipfelveranstaltungen in Deutschland wird ebenfalls vom Medienzentrum aus erfolgen.



Palais de la Musique et des Congrès:

Der Palais de la Musique et des Congrès ist der Ort des NATO-Gipfels in Strasbourg. Hier werden die offiziellen Treffen mit den gesamten Delegationen stattfinden. Der Gipfel beginnt um 10.00 Uhr, und dauert bis 15.00 Uhr.



Palais des Rohan:

Am 4 April treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Mittagessen im Palais des Rohan. Die genaue Uhrzeit ist derzeit nicht bekannt.



NATO

60 JAHRE SIND 60 ZU VIEL

Sicherheitszonen

Wenn sich die NATO in Strasbourg trifft, wird die Stadt in eine militärische Festung verwandelt, mit bis zu 25,000 PolizistInnen, die den Gipfel beschützen sollen, und somit faktisch keinen Raum mehr für demokratischen Protest lassen.
Zum Redaktionsschluss gab es noch keine exakten Angaben zu den Sicherheitszonen in Strasbourg. Klar ist aber dass:

- es mindestens zwei Sicherheitszonen geben wird: in der Umgebung des Palais de Musique et de Congres / Wacken und der Kathedrale / Palais Rohan;
- bis zum 3. und 4. April noch weitere Sicherheitszonen dazukommen können;
- Lycee Kleber am 3. und 4. April komplett geschlossen sein wird;
- alle Strassenmärkte geschlossen sein werden.

Mit diesen Sicherheitszonen gibt es wenig Raum für demokratischen Protest.

Medien-Akkreditierungsbüro :

Das Medien-Akkreditierungsbüro befindet sich in Cap Europe in der rue de Bitche. Zugang zum Medien-Akkreditierungsbüro wird via rue Jean Frédéric Oberlin sein.

Passerelle:

Am 4. April um 8.30 Uhr wird es ein symbolisches Händeschütteln auf der Passerelle zwischen Strasbourg und Kehl geben.

Kehl

Diese Karte basiert auf OpenStreetMap.org

NATO und Atomwaffen – eine europaweite Herausforderung

Es ist an der Zeit, die Atomwaffen aus Europa hinauszuschaffen. Zu ihrem 60. Jubiläum muss die NATO die Botschaft erhalten, dass wir keine Kernwaffen brauchen – und die NATO auch nicht. Die für den Kalten Krieg geschaffenen Atomwaffen sind weit schlimmer als nur irrelevant im aktuellen Sicherheitskontext. Selbst innerhalb des Militärs werden solche Waffen zunehmend als Relikte aus dem letzten Jahrhundert wahrgenommen, als militärisch ungeeignet und als massive Belastung der Ressourcen, die das Militär für die konventionelle Kriegsführung beansprucht.

Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges waren die einzigen NATO-Mitglieder mit Atomwaffenbesitz die USA und Großbritannien (wobei die britischen Waffen ab 1958 mehr oder minder unter US-Kontrolle standen). Während theoretisch die Nuklearwaffen sowohl der USA als auch Großbritanniens Teil des NATO-Arsenals sind, beansprucht jeder Staat (Großbritannien in der Theorie, aber nicht in der Praxis) im Falle eines Einsatzes die Kommandoverantwortung. Frankreich hingegen ist zwar ebenfalls Mitglied, hat aber von der NATO unabhängige Atomwaffen.

Nun zeichnet sich ein Wandel ab. Zwar haben die USA, Großbritannien und Frankreich mit der Entwicklung neuer Atomwaffensysteme begonnen, doch wurden 2008 alle drei von der Mehrheit der Staaten ohne Atomwaffen innerhalb des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT) für ihre anhaltende Weiterverbreitung verurteilt. In Europa drängen Deutschland und Norwegen zu einer umfassenden Überprüfung der Waffenkontrollpolitik, und innerhalb der europäischen Staaten, in denen US-Kernwaffen stationiert sind, wächst die Opposition auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene. Im Februar kündigte Obama an, der atomaren Abrüstung eine Vorrangstellung einzuräumen, um die alten Spannungen des Kalten Krieges abzubauen. Dabei schlug er vor, dass sowohl die USA als auch Russland den Abbau ihrer nuklearen Sprengköpfe auf 1.000 anstreben sollten. Diese Verhandlungen sollen in diesem Jahr im Rahmen des 1991 begonnenen Strategic Arms Reduction Treaty (START) geführt werden.

AktivistInnen können sich Erfolg versprechend in diese Entwicklungen einbringen. Mit dem 60. Jubiläum der NATO gibt es Anzeichen, das im April eine Überarbeitung des Strategiekonzepts und somit auch der Atomwaffenpolitik ansteht. Es gibt ebenfalls Hinweise darauf, dass sowohl die USA als auch die europäischen Stationierungsländer nach einer Gelegenheit Ausschau halten, die taktischen Kernwaffen ohne Gesichtsverlust aus Europa zu entfernen.

Die US-Atomwaffen sind im Rahmen des NATO-Strategiekonzepts in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert, was als „atomare Teilhabe“ bezeichnet wird. Vermutlich haben die USA in Europa insgesamt bis zu 350 taktische Atomwaffen. Ballistische Bomben des Typs B-61 befinden sich im Luftwaffenstützpunkt Kleine Brogel in Belgien, in Buchel in Deutschland und im niederländischen Volkel. In Italien sind zwischen 70 und 90 Waffen auf Aviano und Ghedi Torre verteilt; weitere 50 bis 90 sind im Luftwaffenstützpunkt Incirlik in der Türkei stationiert. Vor ihrem Abzug im Juli 2008 gab es mehr als 110 Kernwaffen im britischen Lakenheath. Außer im Fall der Türkei können diese Bomben theoretisch entweder von Piloten und Luftwaffe der USA oder der Stationierungsländern eingesetzt werden.

Nach internationalem Gesetz ist die „nukleare Telhabe“ unrechtmäßig. Der NPT verbietet Nuklearwaffenstaaten (NWS) wie den USA, Atomwaffen sowie die direkte oder indirekte Kontrolle darüber an Nichtnuklearwaffenstaaten (NNWS) wie Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und die Türkei zu übergeben und verbietet letzteren, solche Waffen entgegenzunehmen. Die USA vertreten den Standpunkt, dass ihr Verhalten den Vertrag nicht bricht, da die Übereinkunft schon vor Inkrafttreten des Non-Proliferation Treaty getroffen wurde. Allerdings erfährt diese Position sogar innerhalb der USA wenig Rückhalt: in einer aktuellen Umfrage war mehr als die Hälfte der US-Bürger der Meinung, dass die nukleare Teilhabe möglicherweise einen Bruch des Abkommens darstellt und beendet werden sollte.

In ähnlicher Weise herrscht nur in wenigen der Stationierungsländer große Begeisterung für die nukleare Teilhabe. Obwohl die deutsche Regierung offiziell erklärt hat, weiterhin US-Waffen „für absehbare Zeit“ zu beherbergen, könnte diese Politik laut der Nichtregierungsorganisation BASIC sehr bald in Frage gestellt werden, wenn die Tornados (die derzeit mit den B-61 bestückt sind) durch die Typhoon-Eurofighter ersetzt werden sollen. Berichten zufolge setzte die Regierung das Parlament 2004 darüber in Kenntnis, dass eine Zertifizierung der Typhoons für Nuklearwaffen nicht geplant sei.

Laut Hans M Kristensen wünschen sich über 70 Prozent der Deutschen und Italiener Atomwaffenfreiheit für ihre Staaten und für ganz Europa; über 63 Prozent in Belgien und in den Niederlanden sind gegen die nukleare Teilhabe. Für die Türkei liegt die Zahl nach den breiten Protesten gegen die Stationierung von US-Truppen im Irakkrieg bei über 88 Prozent. Jeder dieser Staaten könnte jederzeit aus der Vereinbarung aussteigen, wie es Griechenland, Südkorea und Japan bereits getan haben (vgl. http://www.basicint.org/gtz/gtz11.htm).

In der britischen Atomwaffenfabrik in Aldermaston bereitet ein großes Bauprogramm Großbritannien darauf vor, den Trident-Nachfolger zu bauen. Das britische System – von den Raketen selbst (die von den USA geleast sind) über die amerikanischen Gesellschaften Lockheed Martin und Jacobs Engineering, die Aldermaston im Auftrag der britischen Regierung betreiben, bis hinab zur Ebene der Zielerfassung – ist vollständig unter US-Kontrolle. Seit dem „Abkommen über Zusammenarbeit bei der Nutzung der Atomenergie zu Zwecken der gegenseitigen Verteidigung“ (kurz Mutual Defence Agreement) von 1958 hat Aldermaston mit Partneranlagen in den USA nukleare Sprengköpfe entwickelt. Jüngste Berichte bestätigen, dass Aldermaston jetzt das finanzschwache amerikanische Programm zum Bau des Reliable Replacement Warhead unterstützt unter dem Vorwand, den so genannten britischen Hochsicherheitssprengkopf zu entwickeln.

Obwohl Sarkozy 2008 die Reduzierung der taktischen Atomwaffen im Luftwaffenbereich ankündigte, werden in Frankreich ab 2010 neue M-51-Langstreckenraketen einsatzfähig sein, die mit neuen Sprengköpfen ausgestattet sind. Es gibt ebenfalls Hinweise auf einen möglichen Wandel der aktuellen französischen Nuklearstrategie, da Sarkozy in diesem Bereich eine gegenseitige Annäherung mit Großbritannien angedeutet hat. Hintergrund ist die Idee, beide Atomwaffenarsenale für die „Verteidigung“ Europas zu koordinieren.

Zeit zu handeln

Selbst die NATO gesteht ein, dass sie ihre Atomwaffen nicht einzusetzen beabsichtigen. Ihr aktuelles Strategiepapier hält fest: „Die Nuklearwaffen spielen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Kriegsprävention, aber ihre Rolle ist nun in grundlegender Weise politischer geworden, und sie werden nicht mehr als spezifische Drohung eingesetzt.“

Das Argument einer kriegsverhindernden Funktion von Atomwaffen ist schon seit Jahren widerlegt. Während Großbritannien und die USA vielleicht eine neue „politische“ Generation von Trident-Langstreckenraketen anstreben, gibt es keine politische Notwendigkeit für

taktische Atomwaffen. Sogar unter Bush erwog das Pentagon die Möglichkeit, die Stationierungen in Europa zu reduzieren oder ganz zu beenden. Laut der jüngsten Analyse von BASIC „wird die Regierung unter Obama die Meinung (bezüglich eines Abzugs) innerhalb des Bündnisses auch über die Stationierungsländer hinaus sondieren, bevor sie bedeutende Veränderungen vornimmt." Durch politischen Druck könnte der Abzug Wirklichkeit werden, und dies müsste geschehen, bevor die USA Ende 2009 oder Anfang 2010 die versprochene neue Nuclear Posture Review veröffentlichen. Sowohl die amerikanische als auch die europäischen Regierungen müssen die Botschaft erhalten.

Es ist ebenso an der Zeit, die NATO davon abzuhalten, ihre Haltung gegenüber atomaren Erstschlägen zu überdenken. Während der „Ersteinsatz" seit der Nuclear Posture Review von 2002 zur US-Doktrin gehört, lehnt die NATO diesen bisher ab, doch wächst seit Anfang 2008 der Druck zur Neuausrichtung, auch von Seiten ehemaliger Militärchefs. Wir müssen sicherstellen, dass die NATO die US-Doktrin zurückweist und ihre derzeitige Position beibehält.

In den 1980er Jahren gelang es einer breiten Anti-Atom-Bewegung in den NATO-Mitgliedsstaaten, sowohl die amerikanischen Pershing-Raketen als auch die Cruise Missiles loszuwerden. Das Jahr 2009 bietet die Chance, die Überreste des Kalten Krieges loszuwerden und die amerikanischen Atomwaffen aus Europa hinauszuschaffen – als ersten Schritt im Abbau des NATO-Atomwaffenarsenals. Der nächste Schritt wird es sein, die Entwicklung einer neuen Generation von Trident-Nuklearwaffen in Großbritannien und den Einsatz des neuen französischen Waffensystems (und – falls Sarkozys Ankündigungen Glauben geschenkt werden muss – ihre Vereinigung zu einem europäischen Atomwaffenarsenal) zu stoppen. Wir haben die Chance, Europa von den Massenvernichtungswaffen zu befreien – nutzen wir sie!

Sian Jones
Sian Jones ist eine Aktivistin der Aldermaston Women's Peace Camp(aign)
http://www.aldermaston.net

Brüder im Geiste:

Intensivierung der NATO-EU-Kooperation

Nicht zuletzt aufgrund der schweren wirtschaftlichen und militärischen Schwierigkeiten der USA sucht der neue US-Präsident Barack Obama den Schulterschluss mit den EU-Verbündeten. Die EU-Staaten sollen im Austausch für ihre machtpolitische Aufwertung die USA stärker militärisch bei der Aufrechterhaltung der westlichen Weltordnung unterstützen.

Erste Anzeichen für ein solches "Burden Sharing" und eine Aufwertung der NATO sind bereits zu erkennen. Schon heute kann die EU für ihre Militäreinsätze im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens auf NATO-Kapazitäten zurückgreifen, wie dies etwa in Bosnien geschieht. Gegenwärtig wird zudem immer ernster darüber debattiert, ein umgekehrtes Verfahren zu etablieren, bei dem die NATO für ihre Kriege Zugriff auf zivile Fähigkeiten der EU erhalten soll ("Berlin-Plus-Reverse"). Die EU-Ratspräsidentschaft, die bis Sommer 2009 die Tschechische Republik innehat, gab zudem die Losung aus, die Verbesserung der Partnerschaft mit der NATO sei eines ihrer Hauptanliegen im Bereich der EU-Militärpolitik. In einem Mitte Februar 2009 mit äußerst knapper Mehrheit verabschiedeten Bericht unter Federführung von Ari Vatanen (EVP, französische Konservative) fordert das Europäische Parlament eine noch engere Zusammenarbeit der EU mit der NATO, u.a. durch den Ausbau permanenter Kooperationsstrukturen. Darüber hinaus will die französische Regierung Frankreich nach über 40jähriger Abwesenheit zum NATO Gipfel im April in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl wieder voll in die integrierten militärischen Strukturen der NATO zurückbringen. Im Gegenzug soll Frankreich mit mindestens einem wichtigen Kommandoposten belohnt werden.

Ein weiterer Bereich intensiverer Kooperation betrifft den Irak. Barack Obama beabsichtigt keineswegs einen vollständigen Abzug der US-Truppen. Laut Verteidigungsminister Robert Gates könnten 40.000 US-Soldaten noch „für Jahrzehnte" das Land besetzt halten. Nicht einmal eine Woche nach Obamas Wahl beschloss deshalb der Europäische Rat, dass die EU-Mission EUJUST LEX ab Mitte 2009 erstmals auch innerhalb des Iraks Beamte ausbilden und damit den USA bei der Besatzung direkter unter die Arme greifen soll. Eine ähnliche Entscheidung fällte die NATO als Ganzes im Dezember 2008. Am wichtigsten ist jedoch die US-Forderung nach einer deutlich größeren Unterstützung des Afghanistan-Krieges. Barack Obama will zusätzlich zu den 55.000 Soldaten vor Ort, bis zu 30.000 weitere entsenden. Gleichzeitig fordert er vehement von den EU-Staaten ebenfalls massive Truppenerhöhungen. Dies ist ebenfalls von Seiten der EU-Staaten gewünscht - so kündigte beispielsweise der deutsche Verteidigungsminister Jung bei der Münchner "Sicherheitskonferenz" an, Deutschland werde mehr Soldaten für die Schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) bereitstellen, die im Norden Afghanistans für die Aufstandsbekämpfung zuständig ist.

So wächst zusammen, was zusammengehört: Die EU und NATO machen immer stärker gemeinsame Sache bei der Planung und Durchführung ihrer Kriege.

Tobias Pflüger, Mitglied des Europaparlamentes

Nein zur NATO.

Widerstandsaktivitäten vom 1.-5. April 2009

Aufgrund des internationalen Aufrufs „Nein zum Krieg – nein zur Nato, der am 5. Oktober 2008 bei einer internationalen Vorbereitungskonferenz in Stuttgart beschlossen wurde, ist eine Reihe von Aktivitäten für die Zeit des Natogipfels geplant.

Diese umfassen:

- Ein Camp in Strasbourg vom 1.-5. April 2009.
- Eine Gegenkonferenz in Strasbourg am 3. April
- Aktionen zivilen Ungehorsams in Baden-Baden am 3. April, um den Empfang durch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sowie das Arbeitsessen der Staats- und Regierungschefs zu begleiten
- Eine internationale Demonstration in Strasbourg am 4. April, mit einem Demonstrationsmarsch von Kehl aus.
- Aktionen zivilen Ungehorsams in Strasbourg am Morgen des 4. April
- Eine Gegenkonferenz am 5. April 2009 in Strasbourg

Mehr information:

- Internationales Koordinationskomitee: http://no-to-nato.org
- NATO-ZU (mit Teilnahme der WRI): http://nato-zu.de
- Block-NATO: http://block-nato.org
- Resistance des deux rives: http://natogipfel2009.blogsport.de/

WRI-Ratsmitglied und MdEP Tobias Pflüger veröffentlicht Dokumentation zu KDV in der EU

Im November 2008 veröffentlichte Tobias Pflüger, Mitglied des Europaparlamentes und des Rates der WRI, eine neue Broschüre zu "BerufssoldatInnen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Europäischen Union", basierend auf Recherchen der War Resisters' International. Diese Veröffentlichung bietet einen Überblick über das Recht auf KDV in der Europäischen Union, einschließlich der Kandidatenländer Kroatien, Türkei und Mazedoniens (FYROM). Die Broschüre wurde in enger Zusammenarbeit mit der War Resisters' International erstellt.

Erstmalig wird mit dieser Broschüre der Versuch unternommen, systematisch auch Informationen zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Zeit- und BerufssoldatInnen bereitzustellen, wobei deutlich wird, dass es zu dieser Frage erhebliche Wissenslücken gibt. Auf einen Fragebogen an die Botschaften aller relevanten Länder, der von der War Resisters' International im November 2007 verschickt wurde, gab es lediglich fünf Rückmeldungen.

Im wesentlichen unbemerkt geht mit dem Trend zur Professionalisierung der europäischen Armeen eine andere Entwicklung einher: das in der Europäischen Union weit verankerte Recht auf KDV für Wehrpflichtige wird ausgehöhlt. Es steht für BerufssoldatInnen in der Regel nicht zur Verfügung. Auch die Ausgestaltung des KDV-Rechtes für Wehrpflichtige entspricht oft nicht den internationalen Standards.

Mit dem zunehmenden Einsatz professionalisierten Militärs im Rahmen der NATO, der EU oder der Vereinten Nationen (oder auch von ad-hoc-Koalitionen) ist jedoch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für die betroffenen SoldatInnen wichtiger als je zuvor.

Die Broschüre ist bei der War Resisters' International und beim Büro von MdEP Tobias Pflüger kostenlos erhältlich. Es werden allerdings Porto und Verpackung in Rechnung gestellt. Weitere Informationen gibt es beim Büro der WRI unter info@wri-irg.org.

Eine globale Nato?

Von der Nato zu einer "globalen Allianz der Demokratien"?

Nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato – die Nordatlantische Vertragsorganisation – beträchtlich über das hinaus ausgedehnt, was man die „nordatlantische" Region bezeichnen könnte. In Wirklichkeit expandierte die Nato hauptsächlich im östlichen und südöstlichen Europa. Aber die Nato ist mehr als bloß eine nordamerikanische und europäische Angelegenheit. Sie hat jetzt globale Verbindungen und Partnerschaften, und einige Strategen schlagen vor, die Nato hin zu einer „globalen Allianz von Demokratien" zu entwickeln.

In einem fiktiven „Memorandum für den neuen Präsidenten" schlägt Will Marshall vom einflussreichen „Rat für demokratische Führung" vor: „Sie sollten die Gelegenheit ergreifen, die Transformation der Nato von einem nordamerikanisch-europäischen Pakt zu einer globalen Allianz freier Nationen zu führen. Wenn sie ihre Türen für Japan, Australien, Indien, Chile und einige andere stabile Demokratien öffnete, würde die Nato sowohl ihre menschlichen wie finanziellen Ressourcen vermehren. Und mehr noch, die Nato würde ihre politische Legitimität verbessern, wenn sie auf einer globalen Bühne operieren wollte." [1]

Schon heute pflegt die Nato eine enge Zusammenarbeit mit den sogenannten „Kontaktländern", gegenwärtig Australien, Japan, Südkorea und Neuseeland. Beim Gipfel der Nato in Riga im November 2006 sprach sich die Nato dafür aus, die operationale Relevanz der Beziehungen mit interessierten Kontaktländern zu vergrößern; und insbesondere, die Fähigkeit der Nato zu bestärken, mit diesen gegenwärtigen und potentiellen Zuarbeitern von Nato-Operationen zusammenzuarbeiten.

Die Nato hat seit den 1990-er Jahren mit Ländern zusammengearbeitet, die keine formalen Partnerländer sind. Zum Beispiel begann 1990 ein politischer Dialog mit Japan, und Argentinien und Chile steuerten Soldaten zu den Natomissionen in Bosnien und Hercegovina bei [2].

Die Nato umwirbt auch Indien, einen potentiellen Schlüsselpartner der Nato gegen China, aber auch in Beziehung zu Afrika. Der Mittelmeerdialog der Nato (seit 1995 mit sechs Ländern: Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien. Algerien kam 2000 dazu) [3] und die Initiative zur Zusammenarbeit mit Istambul ICI (seit 2004) zielen darauf ab, den Einfluss der Nato in die Golfregion hinein auszudehnen, wobei Bahrein, Qatar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate formell Teil der ICI sind und Saudi Arabien und Oman „großes Interesse zeigen" [4].

Kill die UNO

Während von der konservativen Seite der USA die Idee einer globalen Allianz der Demokratien offen für ihren versteckten Plan gelobt wird, „die UNO zu killen" [5], wollen sie ein „Konzert der Demokratien" als ein Alternativforum, das den Gebrauch von Gewalt (Militärintervention) in Fällen autorisieren kann, wenn ein Veto im UN-Sicherheitsrat „freie Nationen davon abhält, sich den Zielen der UN-Charta entsprechend zu verhalten." [6]

Ivo Daalder, ein früher Ratgeber für die



Ein IL78 Transportflugzeug der indischen Luftwaffe (IAF) wird während des Fluges zum US-Manöver "Red Flag 2008" auf dem Asphalt der Mont de Marsan Airbase eingewiesen.

Außenpolitik Obamas, ist ein Fürsprecher dieser neuen globalen Nato. 2006 schrieb er: „Die Nato sollte diese globalen Partnerschaften nicht als Endziel, sondern als einen ersten Schritt zu einer formalen Mitgliedschaft sehen. [...] Das neue Projekt der Nato zu globaler Partnerschaft sollte eine ähnliche Rolle spielen bei der Vorbereitung der Allianz, sich von einer transatlantischen Einheit in eine globale zu verwandeln. Die Nato braucht nicht von allem Anfang an zu entscheiden, welche Länder sie einladen will, ihr beizutreten; sie braucht nur zu entscheiden, dass die Mitgliedschaft im Prinzip für nichteuropäische Länder offen sein sollte.“ [7]

Wofür?

Abgesehen von all den hübschen Sonntagsreden über demokratische Werte ist es klar, dass diese „Allianz der Demokratien“ nichts mit Demokratie zu tun hat. Die Nato und US-Strategen erwarten eine neue Konfrontation zwischen China und Russland auf der einen Seite und „dem Westen“ auf der anderen Seite im Wettbewerb um abnehmende Ressourcen, besonders Öl und andere Rohstoffe. In diesem Szenario soll die Nato und eine globale Allianz der Demokratien die globale Hegemonie des Westens stärken und Zugang zu Ressourcen wenn nötig mit Gewalt ermöglichen.

Da der Einfluss der USA in der UNO gering ist wie nie zuvor, braucht man ein alternatives Forum, um die öffentliche Rechtfertigung zu liefern. Die Debatte der Nato über ein neues strategisches Konzept, das auch die Autorität einschließen wird, ohne UNO-Autorisation zu handeln, ist ein wichtiger Schritt in dieser Richtung. Es ist hohe Zeit, ihr einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Andreas Speck

Anmerkungen:

[1] Will Marshall: Memo to the New President, 15 January 2009, http://www.ppionline.org/ppi_ci.cfm?knlgAreaID=450020&subsecID=900194&co...
[2] NATO: NATO’s relations with Contact Countries, http://www.Nato.int/issues/contact_countries/index.html, Zugriff am 19. Februar 2009
[3] NATO: NATO Mediterranean Dialogue, http://www.Nato.int/med-dial/summary.htm, Zugriff am 19. Februar 2009
[4] NATO: Istanbul Cooperation Initiative (ICI), http://www.Nato.int/issues/ici/index.html, Zugriff am 19. Februar 2009
[5] Charles Krauthammer: Special report with Brit Hume, Fox News Network, 26 March 2008, http://www.foxnews.com/story/0,2933,342137,00.html
[6] Ikenberger, John, Slaughter, Anne-Marie: Forging a World of Liberty under Law, September 2006, p26, http://www.princeton.edu/~ppns/report/FinalReport.pdf, Zugriff am 19. Februar 2009
[7] Ivo Daalder and James Goldgeier: Global NATO. In: Foreign Affairs, September/October 2006, http://www.foreignaffairs.org/20060901faessay85509-p0/ivo-daalder-james-..., Zugriff am 19. Februar 2009

HANDBOOK FOR NONVIOLENT CAMPAIGNS

PUBLISHED BY WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

Handbuch für gewaltfreie Kampagnen

Gesellschaftliche Veränderungen geschehen nicht von allein. Sie sind das Ergebnis der Arbeit engagierter Menschen, die sich für eine friedliche und gerechte Welt einsetzen. Diese Arbeit geschieht in kleinen Gruppen oder Zellen von AktivistInnen, in Debatten, Trainings, bei der Reflexion gemachter Erfahrungen, bei der Planung, beim Experimentieren und Lernen von Anderen. Die eigene Vorbereitung auf unsere Arbeit für eine gerechtere Gesellschaft ist ein Schlüssel zum Erfolg.

Das Handbuch beinhaltet Kapitel:
- zur Entwicklung strategischer gewaltfreier Kampagnen
- zur Vorbereitung auf effektive gewaltfreie Aktionen (komplett mit Checkliste)
- zu Übungen zur gewaltfreien Arbeit (einschliesslich Gruppendynamik und Geschlechterverhältnissen)
- zu Geschichte und Strategien, die sowohl die Anwendung gewaltfreier Methoden in spezifischen Situationen als auch globale Kampagnen beschreiben.

Es gibt kein definitives Rezept für erfolgreiche gewaltfreie Aktionen und Kampagnen. Dieses Handbuch ist eine Sammlung von Ressourcen die unsere Arbeit anregen und unterstützen können, insbesondere wenn die Ressourcen auf die eigenen Bedürfnisse und den eigenen Kontext angepasst werden.

Die englische Online-Version des Handbook for Nonviolent Campaigns befindet sich unter http://wri-irg.org/node/3855

Um Exemplare des (englischen) Handbuchs für gewaltfreie Kampagnen zu bestellen, wende Dich bitte an das WRI-Büro unter info@wri-irg.org.

WRI-Materialienbestellung

Mit diesem Formular kannst Du Materialien der War Resisters' International bestellen. **Sende das ausgefüllte Formular an: War Resisters' International, 5 Caledonian Road, London N1 9DX, Grossbritannien** – zusammen mit einem Scheck zahlbar an War Resisters' International in €. Oder bestelle online unter http://wri-irg.org/shop/shop-de-eu.htm.
Alle Preise einschliesslich Versandkosten.

Anzahl	Beschreibung	Einzelpreis
____	1-9 Anstecker 'Zerbrochenes Gewehr' a	€2,25
____	10-90 Anstecker per 10	€14,00
____	100 und mehr Anstecker per 100	€117,50
____	Housmans Peace Diary 2009 and Housmans World Peace Directory ISSN 0957-0136 ISBN 978 0 85283-267 7	€13,50
___	Emily Miles: CO Guide to the UN Human Rights System (WRI und Quaker UN Office Geneva, 2000)	€19,00
___	Handbook for Nonviolent Campaigns WRI, 2009 ISBN 978-0-903517-21-8	€12,00
___	Peter Brock: Testimonies of Conscience (Privatdruck, Toronto 1997)	€7,00
___	Brian Martin et al: Nonviolent Struggle and Social Defence (WRI, London 1991)	€10.50
___	Mitzi Bales (Hrsg.): Opening Doors to Peace: A Memorial to Myrtle Solomon (WRI, London 1991)	€7,00
___	Devi Prasad: War is a crime against humanity. The story of War Resisters' International (WRI, London 2005)	€47,00
___	Bitte füge eine Spende hinzu	€ ____

Gesamtsumme: € ____

Name: ____________________

Anschrift: ____________________

____

Datum: ___________ Unterschrift: ________________

Das Zerbrochene Gewehr

„Das Zerbrochene Gewehr" ist das Rundschreiben der War Resisters' International und wird auf Englisch, Spanisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht. Dies ist Ausgabe 81, Februar 2009.

Diese Ausgabe wurde von Andreas Speck zusammengestellt. Besonderer Dank geht an Tobias Pflüger, Sian Jones, Cynthia Cockburn, sowie an Gerd Büntzly, Inge Dreger und Silke Makowski. Wenn du Extrakopien dieser Ausgabe des zerbrochenen Gewehrs wünschst, bitte setze dich mit dem WRI-Büro in Verbindung oder downloade es von unserer Website.

War Resisters' International
5 Caledonian Road,
London N1 9DX, Britain
Tel. +44-20-7278 4040
Fax +44-20-7278 0444
info@wri-irg.org
http://wri-irg.org/pubs/br81-de.htm

War Resisters' International

Unterstützung und Vernetzung von Widerstand gegen Krieg weltweit

Bitte spende noch heute für die Arbeit der WRI – Danke!

Ich möchte die WRI unterstützen:
(bitte mindestens eine Option ankreuzen)

- □ Ich lege eine Spende an die WRI über £/US$/€ .... bei.
- □ Bitte schickt mir eine Empfangsbestätigung.
- □ Ich habe umseitig das Kreditkartenformular ausgefüllt.
- □ (nur in der BRD) Ich habe einen Dauerauftrag an den Förderverein War Resisters' International e.V. über monatlich/vierteljährlich/jährlich € .... eingerichtet.
- □ Ich benötige eine Spendenbescheinigung
- □ Ich habe einen Dauerauftrag auf das Konto der WRI bei der Bank of Ireland über monatlich/vierteljährlich/jährlich € .... eingerichtet.

Meine Anschrift:

Name: ____________________

Anschrift: ____________________

____

Land: ____________________

Wohin soll die Spende geschickt werden?

Nur in der BRD:
Förderverein War Resisters' International e.V., c/o Helga Weber, Steinbruchweg 14, 34123 Kassel (für Spendenbescheinigung)

Rest der Welt:
War Resisters' International, 5 Caledonian Rd, London N1 9DX, Grossbritannien

Danke für Deine Unterstützung!